

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

31. Januar 2013

Antrag für den Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg

Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht in der Fuhle und der Drosselstraße: Hinweisschilder installieren, Fahrsicherheit fördern!

In der Januar-Sitzung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg wurde den Mitgliedern die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht an der Fuhlsbüttler Straße zwischen Bramfelder Straße und Langenfort sowie in der Drosselstraße (Drs. 2342/12) zur Kenntnis gegeben.

Die GRÜNE Fraktion begrüßt grundsätzlich, wenn den radfahrenden Verkehrsteilnehmer_innen die Möglichkeit gegeben wird, selbst zu entscheiden, ob sie den baulich vorhandenen Radweg oder die Straße benutzen möchten. Leider zeigt die Erfahrung, dass viele motorisierte Verkehrsteilnehmer_innen mit dieser Wahlfreiheit nicht richtig umgehen können. Da wird gehupt, knapp an der Kollision vorbei überholt oder sogar beleidigt. Das gilt insbesondere in der Anfangsphase nach der Aufhebung einer Radwegbenutzungspflicht, wenn sich vermehrt Radfahrende auf die Straße trauen. Besonders gefährlich wird es an viel befahrenen Hauptverkehrsstraßen, wo oft besonders hohe Fahrgeschwindigkeiten und ein hohes Aggressionspotenzial zu verzeichnen sind.

Für das beschriebene Phänomen haben beispielsweise die Städte München und Köln eine interessante Möglichkeit gefunden, Gefährdungen abzubauen und Verständnis für die neu geordnete Verkehrssituation zu wecken: Dort werden für jeweils drei Monate Hinweisschilder für Pkw- und Fahrradnutzer_innen aufgestellt, die verdeutlichen, dass ab sofort vermehrt mit Fahrrädern auf der Straße zu rechnen ist (vgl. Anlage).

Mit Hilfe solcher Schilder könnte auch in Hamburg-Nord eine Verbesserung der Sicherheit und eine Aufklärung aller Verkehrsteilnehmer_innen erzielt werden. Allerdings wäre überlegenswert, eine weniger textlastige und dazu für mit den Radverkehrsregelungen weniger vertraute Menschen verständlichere Gestaltung zu wählen. Die Münchner/Kölner Variante könnte von motorisierten Verkehrsteilnehmer_innen unter Umständen als „Radfahrverbot auf der Straße“ interpretiert werden.

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, in Absprache mit den zuständigen Stellen zu prüfen, ob an der Drosselstraße sowie an der Fuhlsbüttler Straße auf die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht in ähnlicher Weise wie in der Stadt Köln mit temporär aufzustellenden Schildern hingewiesen werden kann.
2. Kommt die Verwaltung zu einem positiven Ergebnis, werden entsprechende Hinweisschilder beschafft und aufgestellt. Bei deren Gestaltung wird auf eine optimale Verständlichkeit gerade für schnell vorbei fahrende Verkehrsteilnehmer_innen geachtet.

3. Im Zuge zukünftiger Anordnungen zur Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht wird automatisch geprüft, ob auch dort ein Einsatz von Hinweisschildern zur Verbesserung der Sicherheit erfolgen sollte. Der Ausschuss wird jeweils informiert.

Michael Schilf
Christoph Reiffert
und GRÜNE Fraktion

Anlage:

Nähere Informationen zum Hinweisschild

Stadt München:

www.radlhauptstadt.muenchen.de/presse/?eID=dam_frontend_push&docID=738

Köln (Presseartikel)

www.koeln.de/koeln/nachrichten/lokales/ab_sofort_duerfen_radfahrer_auch_auf_der_krefelder_strasse_fahren_514165.html

